



Nr. 251.

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw.

93. Jahrgang.

Erscheinungsweise: 6 mal wöchentlich. Anzeigenpreis: Im Oberamtsbezirk Calw für die einseitige Seite 12 Pfg., außerhalb desselben 15 Pfg., Reklamen 20 und 25 Pfg. Schluß der Anzeigenannahme 9 Uhr vormittags. Fernsprecher 9.

Freitag, den 25. Oktober 1918.

Bezugspreis: In der Stadt mit Trägerlohn M. 2.25 vierteljährlich, Postbezugspreis im Orts- und Nachbarortsbereich M. 2.15, im Fernverkehr M. 2.25, Bestellgeld in Württemberg 80 Pfg.

Diktatorische Antwort Wilsons.

Zur inneren Lage. — Zur Note Wilsons.

* Calw, 24. Oktober 1918.

Die Ausführungen des Reichskanzlers im Reichstag zur inneren und äußeren Lage fanden natürlich im Hause einen entsprechenden, parteipolitisch mehr oder weniger gefärbten Niederschlag, wenn man auch sagen muß, daß sich alle Parteiredner zu mäßigen suchten, mit Ausnahme des Abgeordneten Haase, der für seine Person das Narrenrecht in dieser ersten Stunde in Anspruch nahm. Auch der innere Zusammenhalt der Mehrheitsparteien war durchaus fühlbar. Der Vertreter des Zentrums gab nur eine sachliche Zustimmung zum außen- und innerpolitischen Programm des Reichskanzlers ab. Tiefer schürfte gegen die Weise der Sozialdemokrat Ebert, der die grundlegende Wandlung in unserer inneren Politik behandelte. Der 5. Oktober — an dem die neue (parlamentarische) Regierung ihr Amt angetreten hat — sei der Geburtstag der deutschen Demokratie. Das Junkertum habe endgültig seine Rolle ausgespielt. Wenn die Völker fortschreiten und die Verfassungen stillstehen, kommen die Revolutionen. Die bestehenden Klassen sollen stolz und froh sein, daß sich bei uns die Umwälzung friedlich vollzogen habe. Bei Besprechung der neuen Reformen wünschte der Redner, daß in Preußen das Klassenparlament dem Volksparlament Platz mache, daß im Reichstag die Verhältniswahl eingeführt werde, und der Einfluß der bisherigen Militärgewalten auf politischem Gebiet aufhöre. Die Sozialdemokratie bekenne sich auch heute noch zur Politik der Landesverteidigung, weil Deutschland nicht mehr in den Zustand (der Arbeitslosigkeit) zurückgestoßen werden dürfe, der die deutschen Arbeiter wieder ins Ausland treibe, und der alle Errungenschaften der Arbeiter gefährden würde. Zum Waffenstillstandsangebot sagte Ebert: wir wollen die besetzten Gebiete räumen unter der Voraussetzung, daß eine Waffenpause eintritt. Dadurch würde dem Elend in den besetzten Gebieten sofort Einhalt getan. Ebert schloß mit folgendem politischen Bekenntnis: Wir sind, was wir waren und bleiben Sozialdemokraten, Anhänger der internationalen Völkergemeinschaft, Feinde des Kapitalismus, der den Krieg herbeigeführt hat, und Feinde jeder Unterdrückung. Was auch kommen mag, wir bleiben bestehen in Mitteleuropa als ein zahlreiches wichtiges Volk. Wollen unsere Gegner unsere Feinde bleiben, und uns zu Schuldnechten machen, so rufen wir ihnen zu: Nehmt euch in Acht, diese Knechtschaft hat einmal ein Ende. Wollen sie unsere Freunde werden, um so besser für sie. Wir glauben aber an die Menschheit. Erleben wir eine Enttäuschung, so verzagen wir nicht; denn wir glauben an unser Volk.

Auch der Redner der Volkspartei, Kaumann, betonte die Errungenschaften der neuen Zeit. Männer, die draußen Helden erster Klasse gewesen seien, seien bis vor kurzem zu Hause (in Preußen) Staatsbürger dritter Klasse gewesen. Jetzt seien sie von dem Bewußtsein durchdrungen: Wir sind selbst der Staat, nicht nur Objekt, sondern auch Subjekt alles weltgeschichtlichen Geschehens. Kaumann wies darauf hin, wie durch unser starres bürokratisch-militärisches System wir uns überall Feinde im Ausland zugezogen haben. Wir hätten die Sympathien der kleinen Völker in Europa uns gewinnen können, wenn wir uns die Erfahrungen des Dreißigjährigen Krieges zunutzen gemacht hätten. Es müsse nun Geist und System in unserer auswärtigen Politik geändert werden. Auch es das Recht der deutschen Minderheiten in anderen Ländern müsse gedacht werden. — Der nationalliberale Führer Stresemann bekannte, daß seine Partei an den Sieg geglaubt habe, aber ihre Kriegsziele seien nicht erfüllbar. Er bearündete dann die Stellungnahme seiner Partei zu den Reformen. Die nationalliberale Partei habe jahrelang den Kampf gegen das parlamentarische System geführt. Aber an das Ergebnis des größten Krieges könne man nicht mit Paragrafen aus der Vergangenheit herantreten. Fürst Bismarck, der die Reichsverfassung auf seine gigantische Persönlichkeit zugeschnitten habe, und sich auch klar gewesen sei, daß das Parlament dabei zu kurz gekommen, wäre heute der erste gewesen, der sich an die Spitze der neuen Regierung gestellt hätte. Das parlamentarische System finde seine Rechtfertigung auch in dem vollen Niederbruch der Diplomatie vor und während des Krieges. Weiter habe das persönliche Hervortreten der Krone mit dazu beigetragen, daß unsere Verfassungsverhältnisse vor dem Umsturz in ganz falsches Licht gekommen sind. Die Geschichte des preußischen Wahlrechts zeige wieder, daß es das Unglück der Staaten und Könige sei, wenn notwendige Konzeptionen nicht rechtzeitig gemacht würden. Der Gegensatz zwischen uns und andern Völkern könne nicht größer gekennzeichnet werden, als dadurch, daß in England der Arbeitsminister persönlich zu den Arbeitern ging, wenn sie streiken wollten, während bei uns die „Nordd. Allg. Ztg.“ in Bewegung gesetzt worden sei. Das Volk wolle geführt werden und seine Führer sehen. Der Eintritt der Sozialdemokratie in die Regierung werde von seiner Partei begrüßt. — Der Führer der Konservativen brachte die Bedenken seiner Partei gegen die Neuordnung zum Ausdruck. Die innerpolitische Entwicklung werde von den Konservativen nicht als Fortschritt angesehen, sondern als ein verhängnisvoller Schritt auf der Bahn abwärts, die ganze neue Entwicklung habe sich gegen den Widerstand der Konservativen vollzogen; sie lehnen deshalb die Verantwortung ab und seien Oppositionspartei. Die Zeit werde kommen, in der konservative Anschauungen und konservatives Tun eine aufrichtigere Würdigung finden werden als heute. Das Deutsche Reich sei nicht bezwungen und gezwungen zur völligen Kapitulation. Die Partei halte fest an der Unverletzbarkeit des Reichsgebietes auch im Osten, und mit ganz besonderer Entschiedenheit lehne die Partei die unerhörten Ansprüche der Polen ab.

lungen gestellt werden, dann sind wir eben auf Gnade oder Ungnade den Alliierten ausgeliefert. Daß die militärische Überlegenheit der Entente bei der von der deutschen Regierung zugestandenen Räumung der besetzten Gebiete durchaus gewahrt wäre, ist klar, wenn man beachtet, daß durch das Nachrücken der Ententetruppen an unsere Grenze schon allein infolge der Entwicklung der Artilleriereichweite und der Fliegerwaffe fast unsere gesamte Kriegsindustrie gefährdet wäre, daß wir also schon aus diesem Grunde wenig Aussicht zum erfolgreichen Widerstand hätten. Wenn wir uns also keine Aussicht versprechen würden, bei Räumung der besetzten Gebiete auch Frieden zu bekommen, so würden wir von vornherein uns gar nicht zu einem solchen Waffenstillstand hergeben. Aber Wilsons letzte Note stellt noch weitere Bedingungen, die direkt die Ehre des deutschen Volkes angreifen. Er glaubt Zweifel daran setzen zu dürfen, daß unsere neue Regierung heute und auch in Zukunft nicht die wirkliche Macht hat, den Willen des Volkes gegenüber den Militärbehörden durchsetzen zu können, und er behauptet, der beherrschende Einfluß des Königs von Preußen auf die Reichspolitik sei noch ungeschwächt. Die Sicherungen, die er gegen die „monarchistischen Autokraten“ verlangt, treten ziemlich unverfüllt zu Tage. Den Rücktritt der hohenzollernschen Dynastie. Soweit ist es aber doch noch nicht gekommen, daß sich das deutsche Volk Vorschriften von einem auswärtigen Staatsmann über seine Verfassung machen lassen muß. Wilson beabsichtigt hier eine ausgesprochene Demütigung Deutschlands, und daß er soweit zu gehen sich erdreistet hat, das liegt daran, daß jetzt die Entente das deutsche Heer so weit zermürbt glaubt, daß sie der Ansicht ist, es sei gar nicht nötig, einen Waffenstillstand zu schließen, wir würden auch so bald ganz zusammenbrechen, und dann könne man alle Eroberungsabsichten verwirklichen. Deshalb machen die Franzosen auch jetzt schon Anspruch auf Elsaß-Lothringen, die Engländer auf die deutschen Kolonien. Das heißt man Rechtsfrieden. Das größte, am meisten eingeengte Volk Europas soll keine Kolonien mehr haben dürfen, und damit seine wirtschaftliche Kraft tödlich getroffen werden. Herr Wilson scheint über die Lage durch die Kriegsfanatiker Lloyd George und Clemenceau unterrichtet worden zu sein. Es dürfte gut sein, ihn bald eines besseren zu belehren.

Der Wortlaut der Note Wilsons.
(WB.) Washington, 23. Okt. Das Staatsdepartement gibt folgendes bekannt:
Dem Staatssekretär ist an den Geschäftsträger der Schweiz, der zeitweilig mit der Wahrnehmung der deutschen Interessen in den Vereinigten Staaten beauftragt ist, nachstehende Mitteilung gerichtet worden:
Staatsdepartement, 23. Oktober 1918.
Ich habe die Ehre, den Empfang Ihrer Note vom 23. d. Mts. zu bestätigen, mit der Sie mir eine Mitteilung der deutschen Regierung vom 20. Oktober übermittelten. Der Präsident hat mich mit der folgenden Antwort beauftragt:
Nachdem der Präsident der Vereinigten Staaten die feierliche und ausdrückliche Versicherung der deutschen Regierung erhalten hat, daß sie die Friedensbedingungen in seiner Ansprache an den Kongreß der Vereinigten Staaten vom 8. Januar 1918 und die Grundlagen der Friedensordnung in seinen späteren Ansprüchen, insbesondere der vom 27. September rückhaltlos annimmt und daß sie in Erörterungen über die Einzelheiten ihrer Anwendung einzutreten wünscht, ferner daß dieser Wunsch und Zweck nicht von denen ausgeht, die bisher die deutsche Politik diktierten und den gegenwärtigen Krieg für Deutschland geführt haben, sondern von Ministern, die für die Reichstagsmehrheit und die überwältigende Mehrheit des deutschen Volkes sprechen, und nachdem er ebenfalls das Angebot der deutschen Regierung erhalten hat, daß die deutschen Land- und Seestreitkräfte die Gesetze der Menschlichkeit und einer zivilisierten

Der Wortlaut der Note Wilsons.

(WB.) Washington, 23. Okt. Das Staatsdepartement gibt folgendes bekannt:

Dem Staatssekretär ist an den Geschäftsträger der Schweiz, der zeitweilig mit der Wahrnehmung der deutschen Interessen in den Vereinigten Staaten beauftragt ist, nachstehende Mitteilung gerichtet worden:

Staatsdepartement, 23. Oktober 1918.
Ich habe die Ehre, den Empfang Ihrer Note vom 23. d. Mts. zu bestätigen, mit der Sie mir eine Mitteilung der deutschen Regierung vom 20. Oktober übermittelten. Der Präsident hat mich mit der folgenden Antwort beauftragt:

Nachdem der Präsident der Vereinigten Staaten die feierliche und ausdrückliche Versicherung der deutschen Regierung erhalten hat, daß sie die Friedensbedingungen in seiner Ansprache an den Kongreß der Vereinigten Staaten vom 8. Januar 1918 und die Grundlagen der Friedensordnung in seinen späteren Ansprüchen, insbesondere der vom 27. September rückhaltlos annimmt und daß sie in Erörterungen über die Einzelheiten ihrer Anwendung einzutreten wünscht, ferner daß dieser Wunsch und Zweck nicht von denen ausgeht, die bisher die deutsche Politik diktierten und den gegenwärtigen Krieg für Deutschland geführt haben, sondern von Ministern, die für die Reichstagsmehrheit und die überwältigende Mehrheit des deutschen Volkes sprechen, und nachdem er ebenfalls das Angebot der deutschen Regierung erhalten hat, daß die deutschen Land- und Seestreitkräfte die Gesetze der Menschlichkeit und einer zivilisierten

Herren Kriegsführung beachtet werden, glaubt der Präsident der Vereinigten Staaten es nicht ablehnen zu können, mit den Regierungen, mit denen die Regierung der Vereinigten Staaten verbündet ist, die Frage eines Waffenstillstandes aufzunehmen. Er hält es aber für seine Pflicht, zu wiederholen, daß der einzige Waffenstillstand, den er sich berechtigt fühlt, Ihnen zur Erwägung zu unterbreiten, nur ein solcher sein kann, der die Vereinigten Staaten und die mit ihnen verbundenen Mächte in die Lage bringt, jede zu treffende Vereinbarung zu erzwingen und eine Erneuerung der Feindseligkeiten von deutscher Seite unmöglich zu machen. Der Präsident hat deshalb seinen Notenwechsel mit den gegenwärtigen deutschen leitenden Stellen den Regierungen, mit denen die Regierung der Vereinigten Staaten als kriegsführende Macht verbunden ist, übermittelt, mit dem Anheimstellen, falls diese Regierungen geneigt sind, den Frieden zu den angegebenen Bedingungen und Grundsätzen herbeizuführen, ihre militärischen Ratgeber und die der Vereinigten Staaten zu ersuchen, den gegen Deutschland verbundenen Regierungen die nötigen Bedingungen eines Waffenstillstandes zu unterbreiten, der die Interessen der beteiligten Völker in vollem Maße wahrt und den verbundenen Regierungen die unbeschränkte Macht sichert, die Einzelheiten des von der deutschen Regierung angenommenen Friedens zu gewährleisten und zu erzwingen, bevor sie einen solchen Waffenstillstand vom militärischen Standpunkt aus für möglich halten. Sollten solche Waffenstillstandsverhandlungen vorgeschlagen werden, so wird ihre Annahme durch Deutschland den besten und bündigsten Beweis dafür liefern, daß es die Grundbedingungen und Grundsätze der großen Friedensaktion unabweislich annimmt.

Der Präsident würde der Aufrichtigkeit nicht zu genügen glauben, wenn er nicht so freimütig wie möglich den Grund dafür angeben wollte, daß außerordentliche Sicherungen verlangt werden müssen. So bedeutungsvoll und wichtig auch die Verfassungsänderungen zu sein scheinen, von denen der deutsche Staatssekretär des Auswärtigen Amtes in seiner Note vom 20. d. Mts. spricht, so geht daraus doch nicht hervor, daß der Grundsatz einer dem deutschen Volk verantwortlichen Regierung bereits völlig durchgeführt ist, oder daß irgend welche Bürgschaften dafür vorhanden sind oder erhoben werden, daß die jetzt teilweise verkündete grundsätzliche und praktische Reform von Dauer sein wird. Auch hat es nicht den Anschein, als ob der Kernpunkt der gegenwärtigen Schwierigkeit erreicht sei. Künftige Kriege sind jetzt vielleicht der Entscheidung des deutschen Volkes unterworfen, nicht aber der gegenwärtige, und mit dem gegenwärtigen haben wir es gerade zu tun. Es liegt auf der Hand, daß das deutsche Volk kein Mittel hat, die Unterwerfung der Militärbehörden des Reiches unter den Volkswillen zu erzwingen, daß der beherrschende Einfluß des Königs von Preußen auf die Reichspolitik ungeschwächt ist, daß die entscheidende Initiative noch immer bei denen liegt, die bis jetzt die Herren von Deutschland gewesen sind. Ich bin überzeugt, daß der ganze Weltfriede jetzt von offenem Sprechen und geradem Handeln abhängt. Deshalb hält es der Präsident für seine Pflicht, ohne alle Verhütung, daß die Völker der Welt kein Vertrauen in die Worte derjenigen setzen und setzen können, die bisher die Herren der deutschen Politik gewesen sind, und zu wiederholen, daß beim Friedensschluß und bei den Unternehmungen, die unendlichen Gewalttaten und Ungerechtigkeiten dieses Krieges wieder gut zu machen, die Vereinigten Staaten einzig und allein mit den tatsächlichen Vertretern des deutschen Volkes verhandeln können, die als wirkliche Beherrscher Deutschlands eine wahre verfassungsmäßige Stellung zugesichert erhalten haben. Wenn die Vereinigten Staaten jetzt mit den militärischen Beherrschern und monarchistischen Autokraten verhandeln sollen oder wenn es wahrscheinlich ist, daß sie später mit ihnen über die völkerrechtlichen Verpflichtungen des Deutschen Reiches zu verhandeln haben würden, müssen sie nicht Friedensverhandlungen, sondern Uebergabe verlangen. Es kann nichts dadurch gewonnen werden, daß diese grundlegenden Dinge unausgesprochen bleiben.

Empfangen Sie, mein Herr, die erneute Versicherung meiner Hochachtung. (gez.) Robert Lansing.

Wie die Engländer den Raub der deutschen Kolonien begründen.

(W.B.) London, 23. Okt. In einer Rede in London betonte Balfour die Wichtigkeit der Aufrechterhaltung unversehrter Verbindungen zwischen den Teilen des Britischen Reiches und erklärte, keinesfalls dürfen wir es zulassen, daß irgend ein Feind in der Lage ist, diese Verbindungswege abzuschneiden. (Beifall.) Wenn die deutschen Kolonien zurückerstattet würden, welche Sicherheit bestände dann dafür, daß sie nicht von ihrem früheren Besitzer als Stützpunkte eines Seeräuberkrieges benutzt werden. Balfour sagte, man könne auf diese Frage nur die eine Antwort finden, daß es sich unter keinen Umständen mit der Unverletzlichkeit, Sicherheit und Einheit des Britischen Reiches

vertrage, daß die deutschen Kolonien an Deutschland zurückgegeben werden.

Besorgende Ereignisse von größter Bedeutung für die Entente. (W.B.) Bern, 23. Aug. Laut „Progres de Lyon“ fand in London eine außerordentlich wichtige Konferenz statt, an der die höchsten militärischen und Marinebehörden der Entente teilnahmen. Als das Ergebnis seien innerhalb weniger Tage Ereignisse von größter Bedeutung für die Entente zu erwarten.

Aus dem feindlichen Lager.

Drohende Lebensmittelkrisis in Frankreich.

In der französischen Kammer wurde, wie dem „Schwab. Merkur“ berichtet wird, am 11. Oktober der Verpflegungsminister über die Lebensmittelknappheit interpelliert. Abg. Lauche führte zunächst aus: Die Familien einfachen und mittleren Standes fragen sich täglich, wie sie ihren Unterhalt sichern können, da die unumgänglichsten Nahrungsmittel der Ärmsten unerreichbare Preise erreicht haben. Die Höchstpreise haben daran nichts geändert. Die Händler treiben die Preise grenzenlos in die Höhe, die Ware wird immer seltener oder verschwindet ganz. Wenn in meinem Wahlkreis eine Arbeiterfrau vom Händler nach langem Stehen 1 Kilogramm Kartoffeln haben will, muß sie daneben noch einen sehr viel teureren Einkauf belohnen machen. Jetzt im Oktober gibt es keine Kartoffeln (Zwischenruf: Sie sind noch in der Erde und verkaufen); im September gab es noch welche. Butter kann sich eine Arbeiterfamilie überhaupt nicht mehr kaufen, auch Schweinefett ist kaum und nur zu sehr hohen Preisen zu bekommen, und so steht es fast mit allen Lebensmitteln. Die amtlich veröffentlichten Marktpreise entsprechen nicht den Tatsachen. Man darf nicht zulassen, daß eine Minderheit mit dem allgemeinen Elend spekuliert. Man muß die Armen leben lassen und gegen die Uebergriffe der Händler einschreiten. Schuld ist die Transportkrise und der Mangel an Arbeitskräften. Brot, Butter, Kartoffeln, Weinpreise steigen beständig. — Der nächste Redner, Abg. Laurent, sagte: Wohl freuen wir uns über die Amerikaner, aber der Verpflegungsminister hat nicht vorgeesehen, daß sie teilweise von unseren Beständen leben. In Cosne hat die amerikanische Intendantur Kartoffeln für 70 Fr. pro 100 Kg. gekauft. Die Amerikaner verpflegen sich im allgemeinen selbst; sie dürfen auch unsere Bestände nicht angreifen, sonst kommt die Katastrophe. Wenn nicht für alle Lebensmittel Karten eingeführt werden, kann unsere Bevölkerung nicht durch den Winter gebracht werden. Wenn nicht mit Energie eingeschritten wird, können wir diesen Winter unsere Bevölkerung nicht mehr ernähren.

— Abg. Raffin-Dugens führte aus: Die Kartoffelernte zeigt gegen die Vorjahre einen großen Ausfall aber auch in Gegenden, wo sie gut geraten ist, wie in der Dauphine, zählt man 62 Fr. für 100 Kg. gegen 5 bis 10 Fr. im Vorjahre. An andern Orten bezahlte man sogar 83 Fr.; dazu kommt der Transport und der Händlerverdienst. Wer die bei den Gemüsehändlern angeschlagenen Preise liest, erkennt die Unmöglichkeit für die Arbeiterfamilien, sich zu ernähren. — Abg. Bougere behauptet, daß die geflüchteten Pariser anfangs unglaubliche Preise in der Provinz bewilligt hätten, seitdem seien die Preise nicht wieder heruntergegangen. Zwar wollten sich die Franzosen zugunsten der Verbandsstruppen gern einschränken, aber die für Greise, Kinder und Kranke unentbehrlichen Nahrungsmittel müßte man ihnen wenigstens lassen. Das müßten die Verbandsmächte einsehen. Aus den Uebergriffen einzelner würde eine verderbliche Anstalt, man solle daher zu große Truppenansammlungen an einzelnen Orten vermeiden. — Der Verpflegungsminister Boret beklagt zunächst die allgemeine Knappheit und den Widerwillen gegen Einschränkungen. Die Verbandsstruppen erhalten mehr Sold und können daher mehr kaufen als unsere Landsleute. Daher haben sie sich nichts Böses beim Einkaufen von Nahrungsmitteln gedacht, die für uns notwendig sind, für sie aber nur eine Zugabe zu der von Amerika gesandten Verpflegung. Zum Schluß beleuchtet Abg. Lauche die Stimmung im Land mit folgenden Ausführungen: Die Frage ist ernst, und das Land ist mehr als man denkt, über diese ernste Frage aufgeregt. Wenn ich durch meinen Kreis gehe, sehe ich die Hausfrauen nach Nahrungsmitteln für Mann und Kinder vor den Läden stehen. Die Kaufleute haben nichts, die Kartoffeln sind nicht angekommen. Ich erfülle als Republikaner und Franzose meine Pflicht, wenn ich sage, daß da eine Gefahr droht, die Abhilfe verlangt.

Wie es in England aussieht.

Kein Märchen, sondern eine wahre Geschichte stellt die ganz unglückliche Nachricht dar, daß in Collynie (Wendshire in England) ein sechs Monate altes Bullenkalf für den Preis von 88 200 M. (44 100 Schilling) von William Datties verkauft worden ist. Mr. Wolls aus Bristol hat diesen Preis gezahlt. Im ganzen wurden auf jenem Markte 40 Kälber verkauft, die einen Gesamterlös von 569 000 M. (284 500 Schilling) einbrachten. Der Durchschnittspreis eines Kalbes beträgt also 14 225 M. So zu lesen in „The Daily Mail“ vom 9. Oktober ds. Js. auf der 4. Seite. Schlüss: daraus zu ziehen, kann man dem Leser überlassen.

Die Entente gegen das holländische Recht der Kontrolle Scheldemündung.

Haag, 20. Okt. Der „Nieuwe Rotterdamse Courant“ meldet nach der „Frankf. Zeitg.“ aus London: „Echo de Paris“ hatte in einem Artikel ausgeführt, es sei nun wahrscheinlich für die Allierten die Stunde gekommen, um über die wichtige Frage der Rechte Hollands auf die Kontrolle der Scheldemündung zu reden. Der Londoner „Star“ drückt diesen Artikel an auffälliger Stelle ab und fügt einen Kommentar eines diplomatischen Mitarbeiters hinzu, in dem diese Frage behandelt wird. Soweit die Londoner Meldung des Rotterdamer Blattes. Daß die Scheldemündung beginnt, in Holland Beunruhigung hervorzurufen, zeigt ein Brief, den der bekannte holländische Publizist Simons im „Nieuwe Courant“ veröffentlicht. Simons spricht sich dafür aus, daß Holland sich offiziell für den Völkerbund erkläre, da innerhalb eines Völkerbundes die Begriffe „neutral“ und „nicht neutral“ aufgehoben würden und innerhalb eines solchen Bundes jeder vor Angriffen auf seine Existenz geschützt sei. Dann fährt Simons fort: „Das Scheitern auch die imperialistischen Extremisten der Entente zu wissen, und deshalb wollen sie mit den Waffen fertig werden, bevor der Völkerbund zustande kommt. Deshalb ist es für unser Land, das von dem belgischen Imperialismus bedroht wird, von der größten Wichtigkeit, sich auf den Völkerbund zu stellen, und wenn von belgischer Seite auf unsere Kosten Imperialismus getrieben wird, so ist die Scheldemündung dem Völkerbunde vorzuziehen, wenn dann von einem solchen überhaupt die Rede sein kann. Unterwirft sich Wilsons Idealismus den Machtgelüsten der Ententesieger, dann werden auch für uns bittere Tage anbrechen, und unsere verbitterten niederländischen Ententesfreunde werden zu spät einsehen, wie all ihr Werben um das Belgierum und ihre antisämlische Gesinnung schließlich mit dem Raube niederländischen Gebietes bezahlt wird. Vielleicht hat unser Volk aber diese bittere Lehre nötig, um endlich aus seiner törichtesten Voreingenommenheit für das Franzosentum herauszukommen.“

Die Scheldemündung ist auf beiden Ufern holländisches Staatsgebiet und für die Schifffahrt holländisches Territorialgewässer. Sowohl England und Frankreich wie die belgischen Imperialisten haben schon Jahre vor dem Krieg eine heftige Agitation gegen diesen Zustand getrieben. (Ein Zeichen, daß man Belgien für den Krieg gegen Deutschland sicher war und daß man die Schelde zur Landung englischer Truppen benötigen wollte. Die Schifff.) Holland hatte schwere Mühe, diesen Widerstand zu überwinden, als es die Befestigungen von Vlissingen ausbauen wollte. Die Neutralität der Scheldemündung liegt zwischen der Festung Antwerpen und Belgiens Bundesgenossen über See. Daß sie auch eine Sicherung Antwerpens bedeutet, das wurde von den belgischen Ententesfreunden übersehen. Ihre Ansprüche beschränken sich allerdings nicht auf die Befestigung der Neutralität, sondern gehen offen auf Abtrennung Staatslands (des Gebietes südlich der Scheldemündung) von Holland, auf gewaltsame Annexion.

Die Lage auf den Kriegsschauplätzen.

Die deutsche amtliche Meldung.

(W.B.) Großes Hauptquartier, 24. Okt. (Amtlich.) Westlicher Kriegsschauplatz. In der Ysniederung dauern Teilkämpfe an. Südwestlich von Deinze schlug die seit dem 14. Oktober täglich im Kampfe bewährte 53. Reservedivision unter Generalleutnant Waldorf erneute Angriffe des Feindes an der Bahn Deinze—Waregem ab. Weideseits von Bichte setzten wir uns in vorletzter Nacht vom Gegner etwas ab und schlugen den Feind, der gestern in der Gegend von Kattestraat angriff, zurück. Auf feindlicher Seite haben sich belgische Landeseinwohner an diesen Kämpfen beteiligt. Tournai und Valenciennes blieben unter englischem Feuer. Bei Tournai und in der Scheldemündung erfolgreiche Vorfeldkämpfe.

Weideseits von Solesmes und De Cateau nahm der Engländer mit frisch eingesetzten Divisionen auf fast 30 Kilometer breiter Front seine mit großen Zielen angelegten Angriffe wieder auf. Im Hazpresgrund ist sein erster Ansturm am frühen Morgen gescheitert. In wiederholten Angriffen stieß er im Laufe des Tages weideseits von Remeries, in Gegend von St. Martin und Salesches und mit Teilen auf Besudignies vor. In der Mitte der Schlachtfront brachten wir den weideseits der Römerstraße De Cateau—Bavai angreifenden Feind in der Linie Peis—Benfies zum Stehen. Südlich von Benfies haben die schon in den letzten Schlachten besonders bewährten Radfahrtruppen weiteres Vordringen des Gegners verhindert. Südlich von De Cateau sind mehrfache Anstürme des Gegners völlig gescheitert. Zwischen Pommerenil und Catillon kämpften schleswig-holsteinische, mecklenburgische, hanseatische und württembergische Regimenter haben gegen gewaltige Uebermacht ihre Stellung behauptet. Das Küstierregiment Nr. 122 unter seinem Kommandeur Obrist v. Alberti hat hier Besonderes geleistet. Südlich von De Cateau blieben die gegen den Sambre-Dijle-Kanal vordringenden Angriffe vorwiegend in unserm Feuer liegen.

Zwischen Dije und Serre zeitweilig Artilleriekampf, dem auf dem Nordufer der Serre feindliche Angriffe folgten. Sie wurden in unserm Feuer und durch Gegenstoß abgewiesen. Teilangriffe des Gegners gegen den Soucheabstamm nordlich von Biersepont

Hirsau, den 25. Oktober 1918.

Todes-Anzeige.

Tieferschüttert teile ich allen Verwandten und Bekannten mit, daß mein lieber, guter Mann, der treusorgende Vater, meines Kindes, unser Bruder, Schwager, Onkel und Schwiegerjohn



Johann Schühle,

Gefreiter in einem Landw.-Regt.,

Inhaber des Eisernen Kreuzes 2. Klasse, der Silbernen Verdienst-Medaille und der Verdienst-Medaille für 9-jährige Dienstzeit

nach 50-monatlicher treuer Pflichterfüllung im Alter von 36 1/2 Jahren in den schweren Kämpfen im Westen verwundet wurde und im Lazarett in Eisenach seinen Wunden erlegen ist.

In tiefem Schmerz:

im Namen der trauernden Hinterbliebenen:

Die trauernde Gattin: Marie Schühle mit ihrem Kinde Alara.

Beerdigung Samstag nachmittag 4 Uhr.

Gehringen, den 23. Oktober 1918.

Trauer-Anzeige.

Schmerz erfüllt teilen wir Freunden und Bekannten mit, daß mein lieber guter Mann, unser treubestorgter Vater, unser lieber Sohn, Bruder und Schwager



Sergeant

Gottlieb Süßer

in einem Landwehr-Infant.-Regt.,

Inhaber des Eisernen Kreuzes und mehrerer Verdienst-Medaillen,

nach 50monatlicher treuer Pflichterfüllung in den schweren Argonnenkämpfen am 29. September im Alter von 38 Jahren sein Leben fürs Vaterland lassen mußte.

In tiefer Trauer:

die Gattin: Kath. Süßer mit ihren 2 Kindern.

Trauer Gottesdienst Sonntag, den 27. Oktober, mittags 2 Uhr.

O welchen Schmerz und tiefes Leid
Bracht uns die schwere Kunde,
Du Herzenssonne voller Freud
Wie früh schlug Deine Stunde,
So ruh denn sanft in fremder Erde
In Deinem Heldengrabe aus,
Nach manchem Kampf und viel Beschwerde
Der Mund spricht weinend, klagend aus,
Wer Dich gekannt, der weiß wie viel uns geht,
Und was Du warst für Deine Lieben,
Ein edles Herz hat sich in Deiner Brust bewegt,
Nun hast Du ausgekämpft und ruhst im Frieden,
Wir werden Deiner viel bedenken,
Wenn quälend uns der Kummer nagt,
Dein Bild mit unsern Tränen tränken,
Wenns wunde Herzen weint und klagt,
Ein Trost noch stillt unsern Schmerz hinlinden,
Daß wir uns wiedersehn im Himmelsfrieden.



Einfamilienhaus oder Wohnung

mit ca. 8 Zimmern und sonstigem Zubehör,
Garten — sofort oder in Bälde beziehbar,

zu kaufen oder zu mieten gesucht.

Angebote mit Preis unter Ziffer N. B. 100 an die
Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten.

Evangelisations- Vortrag

Heute Freitag abend 8 Uhr in
Hirsau, im Hause Wilhelmstr.
163, frühere Ziegelhütte

Thema: Erfüllte Weis-
sagung der Gegenwart.

Redner: Prediger Gugel aus
Stuttgart. — Eintritt frei. —
Seidemann ist herzlich willkommen.

Mit dem Wachs-
sen des Lesers
kreis geht die
Ausgestaltung
unseres Blattes
Hand in Hand.

Auf 1. November jüngeres Dienst- Mädchen

gesucht.

Ref.-Lazarett Liebenzell.

Dienstboten gesucht

sind in unserem Blatte
stets von Erfolg, da der
grösste Teil der Auf-
lage auf dem Lande
Verbreitung findet. . . .

Ein klein. Herdchen

für Küche (gebraucht)
wird zu kaufen gesucht.
Preisangebote erwünscht.
Gottlieb Luz
Oberlengenhardt
Post Liebenzell.

200 Ztr. schönes Heu

auf Bezugsschein
zu kaufen gesucht.
Ernst Burkhardt & Cie.
Sägewerk,
Unter-Reichenbach.

Ohne Freude bereiten Sie
Ihren Ausmarscherten
wenn Sie ihnen das
Calwer Tagblatt ins
Feld senden. —:—

Den beim Dreschen abfallenden

Unkraut-Samen

(Stämich) kauft
auch kleinste Menge
R. Otto Vinçon.

Altburg.

Reine Milch-



Schweine

ans Fressen gewöhnt hat zu ver-
kaufen.

Johannes Pfrommer,
Bauer.

Calw, den 25. Oktober 1918.

Statt jeder besonderen Anzeige.

Todes-Anzeige.

Tiefbetrübt teilen wir Verwandten, Freunden
und Bekannten die schmerzliche Nachricht mit, daß
unser innigstgeliebtes Kind



Julie

im Alter von nur 7 1/2 Jahren von einer
schweren Lungenentzündung sanft entschlafen ist.

In tiefer Trauer:
Familie Saile.

Beerdigung Samstag Nachmittag 2 Uhr.

Stadtschultheißenamt Calw.

Wir erhalten in den nächsten Tagen wieder einen Eisenbahnwagen

Bündelholz,

das wir am Bahnhof verkaufen werden. Das Bündel ist etwa 1 m
lang, wiegt 14 kg und kostet 80 J.

Die Verkaufszeit wird durch Ausrufen bekannt gemacht.

Zur Koch-Gaserparnis wird der Einwohnerschaft dringend der
Kauf dieses Bündelholzes empfohlen.

Calw, den 23. Oktober 1918.

Stadtschultheißenamt: H. B. Dreiß.

Zur Einrichtung einer Leder-
Reparaturwerkstätte in Calw werden

einige tücht. Schuster gesucht.

Gest. Bewerbungen unter Ziffer C. D. 200 an die Geschäftsstelle
des Tagblattes erbeten.

Herr oder Fräulein

zur Aushilfe auf unser Ko tor gesucht.

Kenntnisse in Buchführung erwünscht, Kurrentschrift und
Maschinenschreiben Bedingung.

Wir erbitten nur schriftliche Angebote

Geschäftsstelle des Calwer Tagblattes.

Am Montag, den 28. ds., vormittags 8 Uhr,
stehen in meinen Stallungen

in Calw

im Gasthof zum „Löwen“

schöne, junge, starke

Milchkühe (Schaffkühe),



Kälberkühe, trüchtige Schaffkühe

und hochtrüchtige Kalbinnen

zum Verkauf, wozu Liebhaber freundlichst einladet

Rubin Veit Löwengart.

Holz=Schuhe

(bezugsscheinfrei)

für Erwachsene und Kinder
in allen Größen
empfeht

Fr. Schaufelberger,
Schuhgeschäft. Untere Marktstr. 84.